Saar-Zeitung

Organ der Zentrums-Partei für den Saargau

18 DISSIPAT ATQUE FOVET 72

Tage- und Anzeigenblatt für Handel und Gewerbe

Monatl. Bezugspreis: Durch Agenten und Post: Frs. 4,50. Zeilenpreise: Die 6gesp. 40 m/m Zeile 0,25 Frs., Deutschland 7 Pfg., Ausland 0,30 Frs.

Erscheint 6 mal wöchentlich. Geschäftsstelle: Saarlouis, Kl. Markt 1. Telegramm-Adresse: Saar-Zeitung. Fernsprecher Nr. 82. Postfach 39

Nr 78. — Saarlouis, Freitag, den 3. April 1925 — 54. Jahrgang.

Tausend Jahre deutsches Rheinland.

Von Dr. rer. pol. h. c. Johann Meerfeld, Beigeordneter der Stadt Köln.

Der nachstehende Aufsatz aus der Feder des Dezernenten der von der Stadt Köln veranstalteten Jahrtausend-Ausstellung der Rheinlande dürfte von besonderem Interesse sein.

An der Spitze dieses Aufsatzes sei als geschichtliche Tatsache festgestellt: die Bewohner der Rheinlande sind nicht erst 925 Deutsche geworden, denn sie waren in ihrer erdrückenden Mehrheit nach Abstammung, Sprache und Kultur schon Jahrhunderte vorher Germanen. Was wir in diesem Jahre feiern, ist daher nicht das Jubiläum des Deutschtums am Rhein, sondern das Jubiläum des Deutschen Reiches am Rhein. Wir feiern 1925 die tausendjährige staatliche Verbundenheit unserer rheinischen Heimat mit den übrigen deutschen Volksstämmen.

An dieser geschichtlichen Tatsache darf sich auch derjenige erbauen und an ihrer Feier teilnehmen, der sonst der Meinung ist, daß unsere immer noch trübe Zeit nicht allzu sehr zum Festefeiern geeignet sei. Haben wir Rheinländer doch gerade in der jüngsten Vergangenheit einen sehr nachdrücklichen politischen Anschauungsunterricht erteilt bekommen, und sind doch gerade diese jüngstvergangenen Jahre so außerordentlich danach angetan gewesen, unser nationales Bewußtsein zu stärken und ihm vertieften Inhalt zu geben. Leid und Kampf haben uns gestählt. Deutsch gefühlt hatten wir ja immer, es war uns selbstverständlich, und auch jene unter uns waren stets gute Deutsche, die ihre Gefühle nicht auf den öffentlichen Markt zu tragen pflegten. Der Krieg hat das hinlänglich bewiesen. Noch viel stärker aber empfanden wir unser Deutschtum, als wir es unmittelbar bedroht sahen. Als gesinnungsloser Separatismus und französischer Machtwille das Recht unserer nationalen Selbstbestimmung antasteten, und uns zum Kampfe zwangen, fühlten wir uns mehr denn je als Deutsche und wir kämpften ingrimmig und entschlossen um ein Menschenrecht.

Nun sind tausend Jahre ins Meer der Ewigkeit verflossen seit jenem Jahr 925, da König Heinrich I. die rheinischen Reste Lotharingiens dem ostfränkischen Reiche einverleibte und dadurch die große geschichtliche Tatsache der endgültigen Vereinigung aller deutschen Stämme schuf. Daß dieses Jahrtausend deutscher Geschichte nicht immer ruhmreich und erhebend war, brauchen wir auch in diesem Jubiläumsjahr nicht zu verschweigen. Lange Zeiträume hindurch war das Volk kaum etwas anderes als der Schemel einer machthungrigen Fürstenpolitik oder gar der brutalen Auspressung durch die Großen. Die Teilfürsten führten gegenseitig blutige Kriege, verwüsteten die deutschen Gaue und tränkten sie mit deutschem Blut. Innerer Hader zerklüftete und schwächte das Land und machte es zeitweise zum Gespött der übrigen Welt und zum Spielball stärkerer Nachbarn. Die deutschen Fürsten haben — Ausnahmen gern zugegeben — das geringste Verdienst daran, daß das Reich nicht längst zerfallen ist und wir heute ein Jahrtausendjubiläum noch feiern können. Aus dem Volke, nicht aus den Fürsten, erwuchsen immer wieder die einigenden Kräfte; die Sehnsucht des Volkes rankte sich daher auch um die Kaiserkrone als Symbol des Reichsgedankens. Die mittelalterliche Kaiseridee zog ihre Kraft aus dem Bürger und dem Bauern, die sich um so stärker an sie klammerten, je mehr sie unter kleinfürstlichem Elend schmachteten. So jämmerlich schwach das deutsche Kaisertum mitunter auch war — es lebte dennoch weiter, weil sich in ihm eine von der Sehnsucht gestützte Idee verkörperte.

Freilich hat die deutsche Geschichte auch Zeiten des Glanzes gesehen. Sie verzeichnet mehrere kraftvolle Kaiser, sie hat auch Jahrhunderte hindurch in stolzen Städten ein selbstbewußtes Bürgertum gesehen, das frei von Untertanengesinnung auf seine Macht pochte. Das war die Blütezeit des Mittelalters, jene Zeit, da die hochragenden Dome und prächtigen Rathäuser, die vornehmen Patrizier- und behaglichen Zunfthäuser erbaut wurden, die heute noch imponierende Zeugen einer großen Vergangenheit sind. In jenen Jahrhunderten sah der Süden und der Westen Deutschlands eine hochgesteigerte Kultur. Spätere Zeiten sehen dann ihren Abstieg und schließlich — in den Wirren des Dreißigjährigen Krieges — ihren fast gänzlichen Zerfall.

Selbst die Verwüstungen dieses Krieges vermochten indes jene Entwicklung nicht zu lähmen, die schon lange vorher, mit der Renaissance und dem Humanismus, begonnen hatte: der Uebergang vom Mittelalter zur Neuzeit. Und allmählich entstand nun, gefördert von der anhebenden kapitalistischen Periode, wieder ein Bürgertum, das sich des fürstlichen Absolutismus in steigendem Maße zu erwehren suchte und danach trachtete, aus einem Objekt wieder ein Subjekt der Staatsgewalt zu werden. Die französische Revolution hat auf die Geistesverfassung der bürgerlichen Schichten Deutschlands sehr nachhaltig eingewirkt. Das jüngstvergangene Jahrhundert deutscher Geschichte ist Volksgeschichte. Der Adel als Stand verlor unter dem Kapitalismus den Boden unter den Füßen, er hatte, historisch betrachtet, ausgespielt; dafür entstand links vom Bürgertum als eine Frucht eben dieser kapitalistischen Entwicklung die Arbeiterklasse, die schon durch ihre Zahl und durch ihre von der proletarischen Lebenslage beeinflußte gemeinsame Willensrichtung zu gewaltiger Bedeutung im Staate gelangte. Im Rheinlande vollzog sich diese gesellschaftliche Umschichtung mit samt ihrer Rückwirkungen auf allen Kulturgebieten noch intensiver als anderwärts, weil hier die stärksten Triebkräfte wirksam waren. Deshalb hat auch das Rheinland im 19. Jahrhundert eine so außerordentlich große Zahl bedeutender Männer hervorgebracht. Ihre Darstellung auf der Kölner Jahrtausendschau wird sicher eine der fesselndsten Gruppen dieser Ausstellung bilden.

Die Zeit nach dem Weltkriege hat unserer rheinischen Heimat schwerste Erschütterungen gebracht; wiederholt haben wir vor der unmittelbaren Gefahr der Abtrennung vom Vaterlande gestanden, am unmittelbarsten nach dem Abbruch des passiven Widerstandes, als Poincare sich in trotziger Unversöhnlichkeit gefiel und Not und Verzweiflung weiteste Schichten der rheinischen Bevölkerung erfaßt hatte. Auch das ist überstanden. Und wenn wir jetzt allenthalben im Rheinlande zu Jubiläumsfeiern rüsten: wir haben uns gerade in der jüngsten Vergangenheit das Anrecht darauf erworben, die politische und geistige Verbundenheit unserer rheinischen Heimat mit Gesamtdeutschland in gesteigertem Stolz zu betonen und daher auch die tausendjährige Schicksalsgemeinschaft mit jenem bescheidenen festlichen Glanz zu begehen, den wir als armgewordenes Volk uns noch eben gestatten können.

Das Zentrum für Marx.

Noch keinen preußischen Ministerpräsidenten. — Die Diskussion über den Sicherheitspakt.

Zur Reichspräsidentenwahl.

Die Entscheidung des Zentrums für Marx

wtb. Berlin, 2. April. In der Beratung des Parteivorstandes der Zentrumspartei am heutigen nachmittag im Reichstag über die Reichspräsidentenwahl, bestätigte sich die Meinung die schon vor einigen Tagen vom engeren Parteivorstand zum Ausdruck gekommen war, daß die Aufstellung eines gemeinsamen Kandidaten des Zentrums, der Demokraten und der Sozialdemokraten zu empfehlen und daß vom Zentrum hierfür Marx zu benennen sei.

Die Stellung des Parteivorstandes der demokratischen Partei.

wtb. Berlin, 2. April. Von der demokratischen Partei wird mitgeteilt: Der Parteivorstand der deutsch-demokratischen Partei faßte nach eingehender Aussprache folgende Beschlüsse: 1. Der Parteivorstand billigt einstimmig die Haltung der Parteivorsitzenden bei den bisherigen Verhandlungen. 2. Der Parteivorstand bevollmächtigt die Parteivorsitzenden, die Verhandlungen wegen der Aufstellung eines gemeinsamen Kandidaten der Verfassungsparteien zum Abschluß zu führen und das Ergebnis am nächsten Sonntag dem Parteiausschuß zur Annahme vorzulegen. Die Reichstagsfraktion schloß sich diesem Beschlusse an. Der Parteiausschuß wurde sofort zum kommenden Samstag im Reichstag einberufen.

bz. Berlin, 2. April. Vom Reichsblock wird dem Nachrichtenbüro des Vereins deutscher Zeitungsverleger mitgeteilt: Der Reichsblock hat heute vormittag in Anwesenheit von Vertretern aller angeschlossenen Verbände und Parteien und in Anwesenheit von Vertretern der Deutsch-Hannoveraner und des bayrischen Bauernbundes eine neue Beratung abgehalten, deren Inhalt für streng vertraulich erklärt wurde. Beschlüsse wurden nicht gefaßt, da Dr. Jarres frühestens im Laufe des Freitags in Berlin eintreffen kann. Der Termin einer weiteren Beratung hängt von der Ankunft Dr. Jarres in Berlin ab.

bb. Berlin, 2. April. Die Vertreter der Weimarer Koalition traten heute vorm. im Reichstagsgebäude zu Beratungen über die Kandidatenfrage für den 2. Wahlgang zusammen. Kurz vor 2 Uhr nachmittags wurden die Besprechungen auf 6 Uhr nachmittags vertagt. Man hofft, daß bis dahin die Lage in Preußen geklärt sein wird. Das Tageblatt glaubt, daß die Besprechungen noch heute abend zu einem entscheidenden Beschluß führen werde.

Zur Krise in Preußen.

Dr. Höpker — Aschhof lehnt ab.

bz. Berlin, 2. April. Zu Beginn der Plenarsitzung des Landtags teilte der Vizepräsident Dr. von Kries mit, daß der Finanzminister Dr. Höpker-Aschhof in einem Schreiben an den Landtagspräsidenten erklärt habe, daß er die Wahl zum Ministerpräsidenten nicht annehme.

bz. Berlin, 2. April. In der Frage der Regierungsbildung in Preußen dauern die Verhandlungen der Demokraten mit der Wirtschaftlichen Vereinigung noch an. Abg. Ludendorff hat, wie verlautet, von seiner Fraktion den Auftrag erhalten, eine Gemeinschaft mit der Weimarer Koalition abzulehnen, allenfalls aber einem Kabinett Höpker-Aschhoff Toleranz auszusprechen bei Erfüllung der gestellten Forderungen. Hierzu gehört, daß die Minister Hirtsiefer und Severing durch dem Berufsleben entnommene Personen ersetzt werden. Eine Neuwahl des Landtags wird von der Wirtschaftlichen Vereinigung nicht befürwortet, weil eine solche voraussichtlich keine Klärung der politischen Situation bringen würde.

Benesch zum Sicherheitspakt.

wtb. Prag, 2. April. Außenminister Benesch gab im auswärtigen Ausschuß des Senats in Anknüpfung an die deutschen Vorschläge über die Schaffung eines Sicherheitspaktes eine ausführliche Darlegung seiner Politik, wobei er ausführte, Informationen zufolge werde der Sinn der deutschen Vorschläge dahin bestätigt, daß Deutschland im Westen definitiv die Bestimmungen und den Statusquo des Versailler Vertrages anerkenne, bezüglich der Ostgrenzen jedoch auf dem Standpunkt sich stelle, daß eine friedliche Aenderung erfolgen müsse. Benesch schilderte dann seine Besprechungen mit Chamberlain, dem gegenüber er zum Ausdruck gebracht habe, daß er das Genfer Protokoll nicht grundsätzlich ablehne. Er erklärte, weitere Schritte habe er von folgenden Bedingungen abhängig gemacht: 1) Kenntnis des genauen Wortlauts eines derartigen Paktes und der Vorschläge über Schiedsgerichtsverträge, 2) Nichtantastung der in Friedensverträgen der Tschecho-Slowakei garantierten Rechte, 3) Eintritt Deutschlands in den Völkerbund als notwendige Ergänzung des Garantievertrages, der notwendigerweise unter der Aegide des Völkerbundes zu weiteren Garantiepakten und schließlich zu den Prinzipien des Genfer Protokolls führen werde. Herriot stimme, so erklärte Benesch weiter, dem Standpunkt und den Vorschlägen der Tschecho-Slowakei zu. Herriot vertrete die Ansicht, daß auch Deutschland nach zehn Jahren kriegerischer und politischer Verwicklungen das Bedürfnis nach Ruhe und Frieden empfinde. Die endgültige Regelung setze auch die Teilnahme Rußlands voraus. Die Tschecho-Slowakei habe während der letzten sechs Jahre mit Deutschland nicht einen einzigen, auch nicht den kleinsten Streit gehabt. Der Abschluß eines Paktes und eventuell den von Schiedsgerichtsverträgen würden weitere Schritte auf dem Wege zum Frieden bedeuten.

wtb. Paris, 2. April. Der Matin schreibt, es sei nunmehr wenig wahrscheinlich, daß Frankreich in der Lage sei, Deutschland hinsichtlich der Sicherheitsfrage, der Frage der Räumung der Kölner Zone und der Militärkontrolle vor Ende April eine Antwort zu erteilen.

wtb. Washington, 2. April. Die holländische Regierung und die Regierung der Vereinigten Staaten haben gestern das im letzten Januar angenommene Abkommen unterzeichnet, wonach sie die Frage der Souveränität über die Insel Palma (Philippinen) einem Schiedsgericht unterbreiten wollen.